

Annoucen-
Annahme-Bureau.

In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Witgenstr. 17)

bei G. J. Ulrich & Co.
Breitestraße 14.

in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei S. Streifand,
in Meseritz bei Jh. Matthias.

Posener Zeitung.

Achtundachtzigster

Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau.

In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:

bei G. L. Paube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.

In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Nr. 706.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Sonnabend, 8. Oktober.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Petitzeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1881.

Zur preussischen Eisenbahnpolitik.

Wieder einmal, wie schon öfters in den letzten Jahren, steht die Frage der Eisenbahnpolitik des preussischen Staates im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Die zweite Kampagne der Verstaatlichung der Privatbahnen hat seitens des Ministers Maybach begonnen, daneben laufen die Anträge und Erfolge der Transportindustriellen, welche ihre Wünsche den Tarifmaßnahmen der Staatsbahnen zu Grunde zu legen wünschen. Nach beiden Richtungen ist ein Vorwärtsgen auf dem bereits früher betretenen Wege zu konstatieren, ob mit Glück und nach der Ansicht der Liberalen zum Heile des Landes, soll in nachstehenden Zeilen besprochen werden.

Die im Jahre 1879 vollendete Verstaatlichung der fünf großen Privatbahnen im Westen und Norden vollzog sich mit einer gewissen Eleganz, allein bei der Berlin-Stettiner Bahn waren mehrmalige Verhandlungen notwendig, und machte im Abgeordnetenhaus nicht geringen Eindruck die Sicherheit des Auftretens des Eisenbahnministers, seine sachmännische Behandlung der einschlägigen Fragen, die Kenntnis der finanziellen und Verkehrsverhältnisse des preussischen Eisenbahngebietes.

Es erschien zu hoffen, daß unter sachgemäßer energischer Leitung die nicht zu leugnenden Uebelstände des Eisenbahnwesens beseitigt und die Eisenbahnen, was sie sein sollen, Förderer der geistigen und materiellen Kultur, von großen Gesichtspunkten aus geleitete Vermittler des menschlichen Verkehrs werden würden.

Dem geschichtlichen Anfange gegenüber sind in der zweiten Kampagne die Verstaatlichungsprämissen von kleinlichen Gesichtspunkten aus berechnet worden. Schon daß sich nach Bekanntmachung der der Thüringer Bahn gemachten Offerte herausstellte, daß die Verhandlungen mit den Thüringischen Staaten wegen Ueberlassung ihrer Rechte und Pflichten gegenüber der Bahn an den preussischen Staat erst eingeleitet werden sollten, zeugt nicht von weitblickender Politik, sondern macht den Eindruck als sollten diese Staaten zum Aufgeben ihrer Rechte durch die Aktionäre veranlaßt werden. Die Höhe des Angebotes an diese Bahn wird allgemein als ein Druck auf die Anhalter Bahn angesehen, deren Fortsetzung nach Westen von Halle und Leipzig aus unterbunden werden soll. Das Vorgehen gegen die Anhalter Bahn selbst mit dem geringen Angebot von 5 1/4 pCt. jährlicher Rente gegenüber der Offerte von 8 1/2 pCt. bei der Thüringer Bahn läßt sich nicht aus der Natur der beiden Unternehmungen erklären, sondern nöthigt zu der Annahme, daß bei der Normirung des Angebots andere Rücksichten obgewaltet haben, als wie sich solche aus dem Zustande der beiden Bahnen ergeben.

Welches diese Rücksichten sind, darüber ist bestimmte Gewissheit im Publikum nicht vorhanden, man nimmt jedoch an, daß das Vorgehen gegen die Anhalter Bahn mit den Maßnahmen gegen Hamburg zusammenhängt, dem der Weg nach Böhmen und Baiern, welcher jetzt über die Hamburger, Anhalter und Sächsisch Staatsbahn führt, verschlossen werden soll. Die vorausgesehene Ablehnung der Verkaufsofferte Seitens der Anhalter Bahn soll — so nimmt man an — den Tarifkrieg gegen sie und damit indirekt gegen die Hamburger Bahn und gegen die Stadt Hamburg entfesseln und sie allmählich mürbe machen. Wir können, fern von der Landeshauptstadt, natürlich nicht wissen, ob dies die treibenden Motive zu der so außerordentlich sonderbar verschiedenen Behandlung der beiden Bahnen (Thüringer und Anhalter) gewesen ist, jedenfalls ist die Annahme unabweisbar, daß nicht Gründe, welche aus der finanziellen Lage der beiden Bahnen zu erklären sind, diese verschiedene Behandlung veranlaßt haben.

Und damit ist die Wendung der neuesten preussischen Eisenbahnpolitik bezeichnet: nicht mehr Gründe aus dem Wesen der Eisenbahnen heraus, Verkehrs- oder finanzielle Verhältnisse bestimmen dieselbe, sondern außerhalb dieses Umkreises liegende. Und damit ist der jetzige Minister von seinem Piedestal herabgestiegen, er hat die klare Position, in welcher er als Fachmann mit Gründen aus dem Wesen seines Ressorts seine Maßnahmen verteidigen konnte, aufgegeben und sich von der Tagespolitik ins Schlepptau nehmen lassen, mit welcher er vergehen wird, sobald der Wind umschlägt. Die häuslichen Zwistigkeiten mit der Diskontogesellschaft, welche bei der Verstaatlichung der Bergisch-Märkischen Eisenbahn 1/4 Proz. mehr herauszuschlagen hofft, als der Minister bietet, können das große Publikum ziemlich ruhig lassen; nachdem jene Gesellschaft mit ihren kolossalen Mitteln bei der ersten Verstaatlichung die Generalversammlungen zu Gunsten der Regierungsproposition kommandirt hat, erscheint es ihr dieses Mal angemessen, einmal gegen die Regierung votiren zu lassen, dabei ist die Differenz, um welche es sich handelt, gegenüber den Summen, welche sonst in dieser Affaire umgesetzt werden, nicht erheblich. Wir haben trotz aller, oder besser gerade wegen der offiziellen Angriffe auf die Diskontogesellschaft die Ueberzeugung, daß sich diese Differenz sehr bald erledigen wird, und daß in der Form der Minister, in der Sache die Diskontogesellschaft Recht behalten wird.

Zimmerhin zeugt es, nachdem das genannte Geldinstitut bei der ersten Serie von Verstaatlichungen seine Dienste in prompter Weise gethan, nicht von Geschicklichkeit, daß wegen so geringer Differenzen der ganze Apparat offizieller und offiziöser Entwürfe in Scene gesetzt werden muß. Wie soll die königliche Direktion — so fragt der Unbefangene —, welche das Bergisch-Märkische Eisenbahnunternehmen nach bestem Wissen und Gewissen verwalten muß, nunmehr sich verhalten den widerspännigen Aktionären gegenüber, welche in der Generalversammlung ihrer eigenen Direktion widersprochen haben? Soll sie die Einnahmen künstlich herunterbringen, um die Aktionäre mürbe zu machen, oder soll sie nach ihrem besten Wissen weiter wirtschaften und dem Minister beweisen, daß er das 1/4 Proz. wohl zulegen konnte? Wahrscheinlich, eine Aufgabe dem Scharfsinn des strebsamsten Strebers vorzulegen! Die Verhandlungen mit den 3 kleinen östlichen Bahnen vollziehen sich glatt, die Direktionen derselben ergreifen mit Eifer die gebotene Gelegenheit; für ihre Abfindungen recht viel und für die Stammaktionäre wenigstens etwas herauszuschlagen, nur meinen wir, daß jeder Abgeordnete sich sehr fragen wird, ob wirklich die beiden Stroussberg'schen Gründungen und die dritte (Kottbus-Großenhain) nach demselben Rezept gegründete Linie die dargebotene Abfindung werth ist. Unseres Erachtens wäre ein Gebot von höchstens 15 Proz. an die Stammaktion der 3 Bahnen (Märkisch-Posen, Berlin-Görlitz und die bereits genannte) ein den jetzigen Werth der Stammaktien noch bedeutend übersteigendes.

Somit hat die zweite Kampagne der Verstaatlichung der einen Bahn zu wenig, der anderen zu viel geboten, es fehlt die unbeirrt sachmännische Prüfung des Wertes der Bahnen, dessen Schätzung nun noch, sogar bei der Bergisch-Märkischen im Gegensatz zu der Rechnung des größten Privat-Geldinstitutes unseres Staates zu den erregten offiziösen Entreslets führt, welche doch Niemand für ernstlich hält. Ist das nicht gegenüber der Sicherheit der ersten Verstaatlichungsaktion ein erhebliches Zurückweichen? Dort ruhige Sicherheit der Schätzung, Annahme des Angebots; hier bald zu hohes, bald zu niedriges Angebot, Unsicherheit der Werthschätzung, Unruhe und Erregtheit in der ganzen Art des Vorgehens?

Nicht minder hat seit 1879 die Sicherheit der gegenwärtigen Leitung des Eisenbahnministeriums in der Tarifffrage gelitten. Die Einführung des sog. Reformtarifes, eines für den ganzen Reichsbezirk der preussischen Eisenbahnverwaltung gleichmäßigen Tariffschemas mit wesentlich gleichen Sätzen der verschiedenen Güter, Klassen und Entfernungen, ist als eine durchaus anzuerkennende That des gegenwärtigen Eisenbahnministers zu prüfen. Leider traten sehr bald die Bestrebungen, welche im gegenwärtigen Zolltarif ihren Ausdruck gefunden haben, auch für die Eisenbahnverwaltung als maßgebend auf. Das bekannteste Beispiel ist der ostpreussische Kohlentarif, welcher die englische Kohle von den Ostpreussischen verdrängen sollte, und welcher zuerst — wenigstens hier im Osten — die gerühmte Einheit des Tarifes in der Richtung durchbrach, daß für die sogenannte nationale Arbeit auch die Eisenbahnen dienstbar gemacht werden mußten. In der hiermit begonnenen Richtung giebt es kein Halten, die einmal zur Geltung gelangten Interessen einzelner Industrien verlangen immer weitergehende Zugeständnisse, und wenn im Anfange der wirtschaftlichen Umkehr die Differentialtarife als die wahren Sünder am Neck der Landwirtschaft bezeichnet wurden, so sind jetzt Ausnahmetarife (eine andere Bezeichnung für Differentialtarife) als die wahren Heilmittel derselben Landwirtschaft gepriesen. So verlangen die ober-schlesischen Montanindustriellen in ihrer jetzt veröffentlichten Petition nichts weiter als pure Wiedereinführung der fallenden Scala bei zunehmender Transportlänge — bekanntlich das charakteristische Zeichen des Differentialtarifs. So hat nach den neusten Nachrichten der Eisenbahnminister als Konkurrenz gegen den Elbverkehr den Transitverkehr Prag-Hamburg im Zollverein erhebliche Konzessionen im Tarife gemacht; von allen Seiten dringt der Ruf nach Billigerstellung der Frachten an die Eisenbahnverwaltung, selbst die Fäkalienabfuhr aus den großen Städten soll billiger werden. Inmitten dieses entfesselten Interessentkampfes einzelner Industrien gegenüber den Interessen der Konsumenten geht nun unsere preussische Eisenbahnverwaltung nicht mehr mit der Sicherheit der vollen Beherrschung der Situation vor.

Was dem Einen recht ist, ist dem Anderen billig! Werden erst Kohlen protegirt, so kommt der Zucker bald nach, es folgt Spiritus, Eisen u., kurz in nicht ferner Zeit ist der alte Zustand von Ausnahmetarifen auf den am meisten befahrenen Routen wieder hergestellt und ein neuer Reformator ist wieder nothwendig! So vollzieht sich auch hier die alte Mähr von den Geistern, die wer sie gerufen, nicht wieder los werden kann! Durch den Zolltarif zu einer größeren Begehrlichkeit angeregt muß das gesammte wirtschaftliche Leben der Nation zur Begünstigung einiger Großindustriellen eingerichtet werden; die Eisenbahnverwaltung folgt nur dem Drange des gesammten inneren Wirtschaftslebens unseres Staates, und unter dem Nach-

geben gegen die augenblicklichen Strömungen der maßgebenden Ansichten gehen die großen freien Gesichtspunkte einer zielbewußten Eisenbahnpolitik verloren.

Die neuesten Produkte des offiziösen Laboratoriums.

Bei den offiziösen Artikelschreibern scheint mit dem Haß gegen den Liberalismus die Geringschätzung des deutschen Volkes überhaupt reizende Fortschritte zu machen; sie könnten sonst nicht mit Auslassungen vor die Deffentlichkeit treten, wie wir solche seit Wochen in der „Prov.-Korresp.“ und so auch wieder in ihrer neuesten Nummer finden. Da hält sie uns mit Bezug darauf, daß Fürst Bismarck staatssozialistischer Projekte geziehen wird, einen langen Vortrag darüber, daß Sozialismus und Sozialdemokratie verschiedene Dinge seien. Sie giebt dabei eine überaus komische Definition des Begriffs „Sozialismus“, welche wir in der „Politischen Uebersicht“ unserer gestrigen (Donnerstags-) Mittagsausgabe angeführt haben, eine Definition, welche aber freilich nicht bloß komisch, sondern auch total unrichtig ist. Unter Sozialismus versteht man keineswegs einfach das Streben nach Besserung unserer gesellschaftlichen Zustände, insbesondere des Looses der Arbeiter, sondern eine ganz besondere Art dieses Strebens durch Steigerung der Staatsgewalt bis zur Omnipotenz und durch Vernichtung jeder individuellen Freiheit; der Sozialismus strebt die angebliche Besserung der gesellschaftlichen Zustände lediglich durch staatlichen Zwang an, er will den Staat in eine Zwangsanstalt verwandeln, in welcher, sozialistischer Behauptung nach, Niemand mehr Hunger leiden wird, in welcher aber auch keine Spur von persönlicher Freiheit mehr denkbar ist. Die Sozialdemokraten denken sich dieses Staatsideal in „republikanischer“ Form, die Sozialisten von der anderen Seite stellen es sich als Monarchie vor; beide Formen haben das mit einander gemein, daß sie mit individueller Freiheit des Geistes und Körpers unvereinbar sind.

Einer solchen Besserung der gesellschaftlichen Zustände, ob sie nun in der einen oder der anderen Form Verwirklichung sucht, widersteht sich der Liberalismus, ohne seinerseits auf eine nichtsozialistische Besserung unserer gesellschaftlichen Zustände, also auf eine solche, welche mit der individuellen Freiheit und Verantwortlichkeit noch vereinbar ist, zu verzichten.

Den wirtschaftlichen Projekten des Reichskanzlers wird nachgesagt, daß ihr Schlusseffekt thatächlich eine Organisirung unserer Monarchie in dem oben erörterten sozialistischen Genre sein würde. Zugleich sagt man sich, daß die Junker und sonstigen Reaktionsäre in des Reichskanzlers Befolge seine Politik in ihrem eigenen Interesse zur Herstellung der alten Schollenhörigkeit und zur Fesselung des Bürgerthums durch Junkerzwang u. dergl. auszubenten bestrebt scheinen. Darum widersteht sich der Liberalismus dieser Politik, und seinen Bedenken ist in der offiziösen Presse auch noch nicht eine über das Gebiet der Phrase hinausgehende Antwort zu Theil geworden.

Ueber die jüngsten Auslassungen der „Prov.-Korresp.“ äußert sich auch die „N. L. C.“ sehr abfällig. Sie schreibt u. A.:

„Die „Provinzial-Korrespondenz“ hat mit dem Ausspruch, die Forderung nach einem klaren Regierungsprogramm sei ein Ausfluß demokratischer Gesinnung, der zu Volksabstimmungen wie in der Schweiz führen müsse, sich in bequemster Weise über die Aufgabe hinweggesetzt, endlich einmal statt nichtsager Redensarten oder unerfüllbarer Versprechungen klar und bestimmt die Ziele und Absichten der Regierungspolitik darzulegen. An der Verwirrung der öffentlichen Meinung, welche das Resultat der bevorstehenden Wahlen zu einem so unauslösbaren Räthsel macht, hat nichts anderes mehr schuld als das in jüngster Zeit zum System gewordene Operiren mit lödenden Versprechungen, utopischen Welt-Besserungsplänen und einem Pfaffen-schwall ohne positiven Inhalt, wie es in der Regierungspresse getrieben worden ist. Vor Kurzem rief das halbamtliche Blatt den Wählern ein kategorisches entweder — oder zu, und auf die sehr berechtigte Frage, was denn eigentlich mit klaren bestimmten Worten unter dem „Entweder“ und was unter dem „Oder“ zu verstehen sei, wird uns die Antwort, der Wunsch nach einem festen Regierungsprogramm mit greifbarem positivem Inhalt sei eine demokratische Annahme. Die Ungeheuerlichkeit dieses Ausspruchs stellt alle sonstigen maßlosen offiziösen Extravaganzen der gegenwärtigen Wahlbewegung in Schatten.“

Und die „Liberale Korrespondenz“ schreibt: „Die „Prov.-Korresp.“ findet es ganz natürlich, daß „die großen Parteien, deren Streben wie das der Regierung bekannt ist, von der Gewohnheit abgegangen sind, Programme zu veröffentlichen“. Der „gute Homer“ scheint dieses Mal einen sehr festen Schlaf gehabt zu haben. Dem Reigen der Wahlprogramme hat bekanntlich das Centrum eröffnet, eine Partei, die an Größe alle anderen im Reichstage übertrifft, da sie sich allein 102 Sitze von 397 einnimmt, und von der Niemand sagen kann, daß ihr Streben nicht bekannt sei. Dann erschien das Wahlprogramm der Deutschen Reichspartei, deren Mitgliederzahl sich im letzten Reichstage auf 47 belief. Eine große Partei ist das allerdings nicht, aber was die Offenkundigkeit ihres Strebens betrifft, so dürfte durch das Wahlprogramm in der Beziehung nichts gewonnen sein. Die größte Partei nach dem Centrum ist die national-liberale, welche am Schlusse der Reichstagsession 63 Mitglieder zählte. Daß das Streben der Partei nicht bekannt sei, daß das Programm neue Enttäuschungen über die Ziele der Partei ans Licht gefördert, wird wohl selbst die „Provinzial-Korr.“ nicht behaupten wollen. Zu den Parteien, welche kein

Großbritannien und Irland.

Londoner Nachrichten besagen, daß die Volksraadkommission zur Berathung des mit England geschlossenen Uebereinkommens dem Volksraad ihren Bericht vorgelegt habe...

Die Uebereinkunft, schreibt das Cityblatt, stellt die äußerste Grenze der Zugeständnisse dar, welche unsere Kommission nach geduldiger Berathung zu gewähren für angemessen hielt...

Die Fansaronaden der 'Times' sind schwerlich geeignet, das Andenken an die argen militärischen Blamagen der Engländer im letzten Transvaalkriege in den Gemüthern der siegreichen Boern auszulöschen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 5. Oktober. [Ueber das Befinden des Zaren] hat der 'Standard' Nachrichten erhalten, nach denen die Besserung, welche dem Besuch in Danzig folgte...

Die nervöse Aufregung hat sich in aller Stärke wieder eingestellt. Der Zar soll beständig seine Entschlüsse ändern, einmal seinen Ministern Vorwürfe machen, ein anderes Mal seinen intimen Freunden und sie eigennütziger Beweggründe beschuldigen...

lich gleich, indem Regierungsbezirk Frankfurt 93, die Provinz Posen 92 Mitglieder zählt. Die Thätigkeit des Verbandes braucht nicht weiter rühmend erwähnt zu werden...

Außer dem Neumärkisch-Posener Bezirksverband war bisher noch wie in einer Dase eine kleine Zahl von Männern als Zweig-Berein Rawitsch thätig, dessen Mitgliederzahl im Jahre 1880 bis auf 39 herab sank...

Wohl wirkt im Allgemeinen die schlechte Geschäftslage auch lähmend auf die Bestrebungen der Gesellschaft, wohl fließen die Beiträge nicht mehr so reichlich, wohl ist eine Abnahme des Interesses oft wahrzunehmen gewesen...

Der Untergang des Postdampfers 'Teuton'.

Die neueste in Plymouth eingetroffene Rapost bringt nähere Mittheilungen über den Untergang des englischen Postdampfers 'Teuton', mit dem mehr Menschen untergegangen sind, als bei irgend einem anderen Schiffbruche an der südafrikanischen Küste seit der Strandung der 'Birkenhead'...

gegen Attentate. Man will daher die vier gegenüberliegenden Häuser: das Haus Richatsche, wo Trigonja und Scheljabow verhaftet wurden, das Haus Graf Mengden, von dem aus Kobosew seinen Minengang führte, das Hotel Bellevue...

Telegraphische Nachrichten.

Petersburg, 7. Oktober. Der 'Regierungsbote' meldet: Der Minister des Innern eröffnete gestern Nachmittag mit einer längeren Rede die Kommission zur Einschränkung und Verhinderung der Trunksucht des Volkes...

Telegraphischer Specialbericht der 'Posener Zeitung'.

Berlin, 7. Oktober, Abends 7 Uhr.

Wien, 7. Okt. Die Abendblätter veröffentlichen eine bis Ma per Post beförderte Depesche aus Mailand vom 5. Oktober, welche eine gerüchtweise Entdeckung eines Sozialistenkomplottes gegen König Humbert meldet...

Paris. Eine Depesche Rogerot's aus Tunis vom 6. Oktober meldet, daß die Besatzung die Position Belvedere durch zwei Bataillone genommen, die anderen Forts von Tunis werden morgen okkupirt...

Vocales und Provinzielles.

Posen, 7. Oktober.

r. Professor Dr. Tiesler, welcher hier am gestrigen Tage gestorben ist, wurde i. J. 1819 in der Provinz Posen geboren, widmete sich dem höheren Lehrfache und war zuerst am damaligen Realgymna-

sachen feststellen lassen. Der Bericht, welchen ein Herr Kromm über die Katastrophe giebt, scheint der zuverlässigste zu sein. Derselbe erzählt u. A.: Wir verließen Tafelbai bald nach 10 Uhr Morgens bei leichtem südöstlichen Winde und es ereignete sich nichts Besonderes, bis wir Duoin Point erreicht hatten...

siem zu Meseritz thätig; von dort wurde er zu Ostern 1844 an das hiesige Friedrich-Wilhelms-Gymnasium versetzt und hat 37 Jahre lang an dieser Anstalt treu und segensreich gewirkt...

r. Auf den Bahnen der Oberschlesischen Eisenbahn treten, soweit die Station Posen dabei in Betracht kommt, am 15. Oktober d. J. folgende Veränderungen ein: Von Kreuz kommt der erste Personenzug 4 Uhr 40 Min. (statt bisher 4 Uhr 42 Min.) Morgens...

Antsbezeichnungen von Bahnbeamten. Vom 1. Oktober ab ist bei den königl. Eisenbahn-Direktionen eine neue Antsbezeichnung der im Bahndienst außerordentlich beschäftigten Anwärter eingeführt...

Stadttheater. Heute wird zu ermäßigten Preisen: 'Ein Kind des Glücks' mit Fr. Sorma in der Titelrolle wiederholt.

r. Im polnischen Theater wurde gestern (Donnerstag) die Winterfaison mit Baluck's neuem Lustspiel in drei Akten: 'Große Fische' eröffnet. Die Mitglieder der Dorozynski'schen Gesellschaft, welche in diesem Stücke auftraten, sind im Wesentlichen die beim Publikum noch vom vorigen Winter her wohl bekannten und beliebten: Herr Linkowski, Frau Linkowska, Fr. Kalyznaska, Herr Lucyan, Herr Krolowski etc...

r. Ein Ballon mit Benzin, welcher sich auf einem Rollwagen befand, platze gestern Nachmittag auf der Breslauerstraße, so daß sich der höchst feuergefährliche Inhalt auf die Straße ergoß.

r. Ein musterhafter Droschkenkutscher. Auf dem Zentralbahnhofe war gestern ein Droschkenkutscher auf dem Boche seiner Droschke, jedenfalls in Folge Genußes von zu viel Spirituosen, eingeschlafen...

r. Diebstahl. Der Bewohnerin eines Hauses auf der Klosterstraße wurde gestern Abend aus unverschlossener Stube eine silberne Zylinderuhr mit Goldrand, eine dazu gehörige Talmillette mit Goldtappel und 2 Mark 50 Pf. gestohlen...

hord-Quarierboot aufgenommen zu werden. Ich kämpfte mit den Wellen und traf zuletzt ein Taafholzgehäuse, welches zur Bedeckung der Pöller gedient hatte; nachdem ich ein paar Mal mit demselben herumgerollt war, gelang es mir, es fest zu fassen und mich eine halbe Stunde zu halten...

Wer eigentlich die Wache gehabt hat; von einer Seite wird behauptet, der erste Offizier, Wandropfer, hätte auf der Brücke sein müssen...

r. Aus dem hiesigen Gerichtsgefängnisse wurden gestern drei Korrigenden nach Kosten, und vier Gefangene nach Schroda gebracht.

r. Im Laufe des Septembers sind in unserer Stadt 37 Bettler und 4 Landstreicher verhaftet worden.

? Lissa, 6. Oktober. [Wahlverein der Liberalen. Missionssfest. Polizei-Verordnung. Schülerbibliothek.] Laut Beschluß des Wahlvereins der Liberalen vom vorigen Montag, den Vorstand, welcher bislang aus fünf Mitgliedern bestand, durch Zuziehung der vier Wahlbezirke der Stadt Lissa gewählten 8 Vertrauensmänner, behufs besserer Durchführung der Wahlagitatio zu verstärken, hat gestern Abend in Kukner's Hotel bereits der verstärkte Vorstand den Anfang mit seinen regelmäßigen Sitzungen gemacht.

? Lissa, 6. Oktober. [Wahlen in der katholischen Gemeinde. Aus der Stadtverordnetenversammlung. Lehrer-Sterbefassen-Verein. Marktpreise. Vaterländischer Frauenverein.] In den vor einigen Tagen vollzogenen Wahlen von Gemeindevetretern der hiesigen katholischen Kirchengemeinde wurden wiedergewählt: die Herren Krause-Lissa, Bauer-Lissa, Sliwinski-Lissa, Wittig-Lissa, Schulz-Lahwitz, Hoffmann-Strielwitz, Otto-Lissa, Weiß-Lissa und Dentschel-Grüne; ferner neugewählt: Wodjinski-Lissa, Schulz-Zaborowo und Langner-Lissa.

z. Schwerin a. W., 6. Oktober. [Turnverein. Wahl.] Vor einigen Tagen hielt der hiesige Männer-Turnverein zum Schluß des Vereinsjahres im Leutke'schen Saale eine Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende erstattete ausführlich über die Thätigkeit des verflossenen Jahres und den gegenwärtigen Stand des Vereins Bericht.

aus dem Wahlkreise Schubin-Wirsitz, 5. Oktober. [Zur Reichstagswahl.] Da es bis jetzt noch nicht gelungen war, die deutschen Wähler des diesseitigen Wahlbezirks zur Aufstellung eines Kandidaten zu vereinen, ist von konservativer Seite ein Kompromiß anzubahnen versucht worden und der Landrath a. D. von Wilamowitz Möllendorff auf Karowitz im Kreise Noworazlaw als Kandidat in Vorschlag gebracht.

lassen und behaupten, schon genug entgegen gekommen zu sein, wenn sie für den konservativen Kandidaten von Bethmann-Hollweg stimmten. Von Kafel aus begab sich ein Theil der anwesenden Wähler, wie die Kandidaten, nach Schubin, um auch für den dortigen Kreis abzustimmen, wer von den beiden Kandidaten zur engeren Wahl kommen soll.

g. Zutroschin, 6. Oktober. [Wählerliste. Kartoffelernte. Gänsehhandel. Hospital.] In die seit dem 27. v. M. anlässlich der Wahlen zum Reichstage auf dem Rathhause ausliegende Wählerliste unserer Stadt sind 396 Wähler eingetragen. Als Wahlvorsteher fungirt für den hiesigen Ort der Bürgermeister Girtle, als Stellvertreter der Beigeordnete Dummer.

schneidemühl, 6. Oktober. [Zur Reichstagswahl. Pastoral-Konvent. Bildungs-Verein. Rom Gymnasium.] Zu der bevorstehenden Reichstagswahl ist unser Kreis in 81 Wahlbezirke eingetheilt. Hiervon kommen auf die Städte Schneidemühl 4, Budsin, Kolmar, Uch, Margonin und Samotichin je 1 Bezirk und auf das platte Land 72 Bezirke.

schneidemühl, 6. Oktober. [Generalversammlung des Pestalozzi-Vereins der Provinz Posen.] Heute tagte in dem Tautow'schen Saale hier selbst die Generalversammlung des Pestalozzi-Vereins der Provinz Posen. Dieselbe wurde um 10 Uhr Vormittags durch den Lehrer Braun-Bromberg im Namen des Verwaltungsraths dadurch eröffnet, daß derselbe die erschienenen Mitglieder begrüßte und denselben für ihre Theilnahme, welche ein Beweis ihres regen Interesses an dem Verein sei, seinen Dank aussprach.

schneidemühl, 6. Oktober. [Generalversammlung des Pestalozzi-Vereins der Provinz Posen.] Heute tagte in dem Tautow'schen Saale hier selbst die Generalversammlung des Pestalozzi-Vereins der Provinz Posen. Dieselbe wurde um 10 Uhr Vormittags durch den Lehrer Braun-Bromberg im Namen des Verwaltungsraths dadurch eröffnet, daß derselbe die erschienenen Mitglieder begrüßte und denselben für ihre Theilnahme, welche ein Beweis ihres regen Interesses an dem Verein sei, seinen Dank aussprach.

nächstjährige Generalversammlung wird analog dem Beschlusse der Provinzial-Lehrerversammlung in erster Linie Ramitsch und in zweiter Linie Posen gewählt, doch soll die Versammlung des Pestalozzi-Vereins am Nachmittage des Tages der Vorversammlung des Provinzial-Lehrervereins stattfinden.

II Bromberg, 6. Okt. [Einführung des Regierungs-Präsidenten Tiedemann durch Oberpräsident von Günther. Prinz Friedrich Karl.] Der nun definitiv zum Präsidenten des bromberger Regierungsbezirks ernannte Geh. Rath. Tiedemann ist heute Nachmittag von Berlin kommend hier eingetroffen, um morgen Vormittag durch den Oberpräsidenten v. Günther, welcher heute Abend 10 Uhr hier ankommt, in sein neues Amt eingeführt zu werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Δ Posen, 7. Okt. [Schwurgericht: Brandstiftung.] Am Sonnabend beschäftigte das Verbrechen der vorsächlichen Brandstiftung zum 6. Male das Schwurgericht. Die Angeklagten sind die Müllerfrau Pulcheria Witholz und ihr Ehemann Joseph Witholz aus Stenschemo, von denen die erstere beschuldigt ist, am 31. März 1881 ihre Bodwinmühle bei Stenschemo vorsätzlich in Brand gesteckt, der Letztere, seine Ehefrau zu diesem Verbrechen angeiffert zu haben.

